§ 02 KSchG

Kündigt der <u>Arbeitgeber</u> das Arbeitsverhältnis und bietet er dem <u>Arbeitnehmer</u> im Zusammenhang mit der Kündigung die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zu geänderten Arbeitsbedingungen an, so kann der <u>Arbeitnehmer</u> dieses Angebot unter dem Vorbehalt annehmen, dass die Änderung der Arbeitsbedingungen nicht sozial ungerechtfertigt ist (§ <u>1 Abs. 2 S. 1 bis 3 KSchG</u>, § <u>1 Abs. 3 S. 1 und 2 KSchG</u>). Diesen Vorbehalt muss der <u>Arbeitnehmer</u> dem <u>Arbeitgeber</u> innerhalb der Kündigungsfrist, spätestens jedoch innerhalb von drei Wochen nach Zugang der Kündigung erklären.